

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

9 XXIV/140

Bonn, den 28. Juli 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Besuch aus Belgrad</u> Zu den deutsch-jugoslawischen Beziehungen	44
2 - 3	<u>Europa bleibt das Mahziel</u> Von Dr. Bruno Kreisky, Vorsitzender der Sozialistischen Partei Österreichs	61
4	<u>So geht es nicht!</u> Der BdV will die Gesinnung prüfen lassen Von Dr. Heinz Kreutzmann, MdB	45
3 - 5	<u>Die Franzosen vor der deutschen Außenpolitik</u> Von François Bondy, Paris	57

Besuch aus Belgrad

Zu den deutsch-jugoslawischen Beziehungen

sp - Zu den Erfolgen der von der Großen Koalition unter dem Einfluß der Sozialdemokraten eingeleiteten neuen Ostpolitik gehört die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Belgrad. Das geschah ohne Hintergedanken, gegenseitige Interessen wirkten stärker als künstlich hochgezüchtete Vorurteile. Die Hallstein-Doktrin ließ sich am Beispiel Jugoslawiens nicht aufrechterhalten, sie erwies sich geradezu als Hemmschuh, der abgelegt werden mußte, wenn man vorankommen wollte.

Dem Besuch des jugoslawischen Außenministers Tepić vor diesem Hintergrund alle Merkmale eines sensationellen Geschehens. Er ist selbstverständlich unter Staaten, die sich darüber im klaren sind, was sie voneinander trennt und was sie an Wegstrecken gemeinsam haben. Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vielvölkerstaat Jugoslawien gibt es keine Probleme, die nicht lösbar wären. Hier beginnen die Schatten der Vergangenheit zu weichen.

Jugoslawien legt wert auf korrekte Beziehungen zu beiden Teilen Deutschlands. Vielleicht neigen bei vielen Jugoslawen die Sympathien mehr der Bundesrepublik zu als der sich oft als preußischer Schulmeister im Verhältnis zu Belgrad gebärdende DDR. Das hat vielerlei Ursachen. Hunderttausende jugoslawische Gastarbeiter lernen die deutsche Wirklichkeit kennen, sie spüren und erfahren es aus unzähligen Gesprächen und aus eigenen Beobachtungen, daß eben diese Bundesrepublik nicht den Ehrgeiz hat, "den Weg des deutschen Imperialismus zu folgen", wie es im DDR-Jargon heißt. Die Friedenspolitik der Bundesregierung findet in Jugoslawien Glauben, und das ist schon eine ganz große Sache.

Jugoslawien hat es unter der Führung Titos verstanden, sich einen achtbaren Platz unter den Völkern und Staaten dieser Erde zu sichern. Es hat der Welt auf eindrucksvolle Art bewiesen, was der Wille zur Eigenständigkeit zu erwirken vermag. Jugoslawien hat seine Unabhängigkeit in bedrückenden Notzeiten behauptet, das allein verdient Respekt und Anerkennung.

An der Haltbarkeit freundlicher und korrekter Beziehungen zwischen Belgrad und Bonn können keine Zweifel mehr bestehen. Jugoslawiens Wunsch, in nähere Beziehungen zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einzutreten, findet die wohlwollende Unterstützung der Bundesrepublik. Zwar mögen noch verständliche Widersprüche bestehen, wie es der jugoslawische Außenminister ausdrückte, doch nichts stehe ihnen im Wege, sie auf ehrliche und anständige Weise zu überwinden. Gewiß ein gutes Wort. Es soll eingelöst werden.

- + -

Europa bleibt das Nahziel

Von Dr. Bruno Kreisky,
Vorsitzender der Sozialistischen Partei Österreichs

Es ist gar keine Frage, dass das, was bisher im demokratischen Europa an Integration erreicht wurde, für diejenigen, die Europa "mit der Seele suchen", enttäuschend ist, und daß sich daher unter ihnen eine gewisse Europamüdigkeit bemerkbar macht. Dennoch dürfen wir nicht übersehen, was alles erreicht wurde: Eine Generation ist aufgewachsen in den wirtschaftspolitischen Kategorien des Protektionismus, der Hochschutzzölle, der Autarkie - von all dem wird heute im demokratischen Europa nicht mehr gesprochen. Wir haben zwei Großmärkte verwirklicht, den dichteren der EWG, der außerdem allmählich in eine Wirtschaftsgemeinschaft verwandelt werden soll, und den lockeren der EFTA, dessen Ziel das Aufgehen in einem großen europäischen Markt ist. In dieser Entwicklung liegt eine der Ursachen dafür, daß der Teufelskreis der zyklischen Wiederkehr von Prosperität und schweren Wirtschaftskrisen gesprengt werden konnte. So haben wir uns auch schwere politische Krisen im Gefolge ökonomischer Katastrophen, wie wir sie in den Zwischenkriegsjahren hatten, ersparen können. Die Großmärkte haben zu einer Beschleunigung des Wirtschaftswachstums geführt und die europäische Arbeitsteilung gefördert.

Das Ziel der Politik der 70er Jahre muß es sein, zu verhindern, daß der Graben zwischen EWG und EFTA vertieft wird. Was soll es denn für einen Sinn haben, diesen Graben aufzureißen, wo wir doch alle wissen, daß wir ihn wieder zuschütten müssen.

Es scheint mir, daß die Verwirklichung der europäischen Integration auf die Menschen in Osteuropa einen starken Eindruck gemacht und zur Verwitterung eines kommunistischen Dogmas geführt hat; dem von der unentrinnbaren Endkrise des Kapitalismus. Man beginnt dort langsam zu verstehen, daß die moderne Industriegesellschaft doch auch andere Züge aufweist, vor allem die einer kooperativen und gemischten Wirtschaft. Deshalb muß sich jede gute Außenpolitik an einer gesamteuropäischen Zielsetzung orientieren. Jeglicher Nationalismus führt uns weg von wirtschaftlichem Wohlergehen und vereitelt die Entspannung.

Ein Grundpfeiler der europäischen Entspannungspolitik ist ein gutes und freundschaftliches Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland, ein anderer ist die Bereitschaft der europäischen, demokratischen Staaten, und zwar aller, an der Entspannungspolitik mitzuwirken. Diese Erkenntnis darf uns aber nicht zu der Illusion verleiten, daß es möglich wäre, den Kommunismus auf dem Wege von Verhandlungen und Konzessionen zur Preisgabe seiner Positionen veranlassen zu können. Alle, die das glaubten, haben anlässlich der Invasion der Tschechoslowakei eine harte Lehre erteilt bekommen. Mit rauher Hand hat die Sowjetunion das Glinne Netz solcher Hoffnungen zerrissen.

Eine gute europäische Politik, aber auch eine erfolgreiche Politik überhaupt wird nur dann verwirklicht werden können, wenn die Politiker, die sie wollen, auch die Unterstützung der jungen Generation finden. Vor allem die jungen Menschen in Europa müssen erkennen, daß ihre Hoffnungen nur dann ihre Verwirklichung finden, wenn die europäische Zusammenarbeit sich nicht nur in der Fixierung von Agrarpreisen, und der Beseitigung von Zollschränken erschöpft, sondern mehr ist, nämlich die Realisierung einer europäischen Zivilisationsvariante bringt, die zur Konfrontation mit dem doch auch auf Europa bezogenen kommunistischen System fähig ist.

Wir müssen uns aber bei aller Bereitschaft zu einer solchen Politik doch auch vor Formeln hüten, die, weil sie keine Verwirklichung finden, als Scheitern unserer Bestrebungen aufgefaßt werden können. Eine solche wäre, daß Europa "mit einer Stimme sprechen müßte". Gewiß, diese Forderung macht einen starken Eindruck und manche glauben, daß dann Europa an die Seite der Supermächte treten können. Ich glaube, es ist wichtiger, daß wir uns im Augenblick auf die Fragen konzentrieren, die in Europa der Lösung harren, und ehe wir mit einer Stimme sprechen wollen, müssen wir einander erst begreiflich machen, wie dieses Europa aussehen soll, das wir wollen.

+ + +

So geht es nicht!

Der BdV will die Gesinnung prüfen lassen

Von Dr. Heinz Kreutzmann, MdB

Das Präsidium des Bundes der Vertriebenen hat einen "Wahlkampfaußschuß" gebildet, der die Interessen der Vertriebenen gegenüber den zu der Bundestagswahl antretenden Parteien vertreten will. Dieser Ausschuß setzt sich zusammen aus den Herren BdV-Vizepräsident Rudolf Wollner, dem nordrhein-westfälischen BdV-Landesvorsitzenden Oberamtsrichter Walter, dem ehemaligen FDP-Bundestagsabgeordneten und Exponenten der südostdeutschen Landsmannschaften Dr. Trischler und dem BdV-Lastenausgleichsexperten Dr. Neuhooff. In einem ersten Rundschreiben dieses Gremiums wurde das Ziel des BdV bei der Bundestagswahl dahingehend umrissen, zu verhindern, der "Anerkennungspartei" im nächsten Bundestag eine Mehrheit zu verschaffen. Der BdV will verhindern, daß kein Kandidat einer Partei eine Stimme von Mitgliedern der Verbandsgliederungen erhält, "der für die Anerkennung des Ulbrichts-Regimes als zweiten deutschen Staat eintritt", "den Verzicht der deutschen Ostgrenze empfiehlt" oder "den von Sowjets in Mittel- und Ostdeutschland geschaffenen Zustand als endgültig hinnehmen will oder der die Oder-Neiße-Grenze als polnische Westgrenze respektiert und anerkennt". Den gleichen Sanktionen soll unterworfen sein, "wer das Münchner Abkommen für nichtig und ungerecht hält".

In dem Rundschreiben wird weiter empfohlen, Wahlkreistrupps zu bilden, die den "verzichtsbereiten" Wahlbewerber bei seinen Wahlreden begleiten und ihn in der Diskussion angreifen. Bewerber dieser Art sollen auch an die zuständigen Landesvorstände und das Präsidium des BdV gemeldet werden, um sie von dorthier dann bearbeiten zu können.

Wenn auch dieses Rundschreiben, wie wir gehört haben, inzwischen zurückgezogen worden sein soll, scheint uns hier doch der Rahmen dessen, was in einer berechtigten Interessenvertretung eines Verbandes überparteilicher Prägung erlaubt ist, erheblich überschritten zu sein. Nicht nur, daß der Präsident des BdV auf dem CDU-Wahlkongreß erklärt hat, die Vertriebenen könnten zu der CDU Vertrauen haben, widerspricht den guten Sitten. Der ganze Tenor des Rundschreibens ist darauf abgestimmt, den Wählern die Wahl der SPD nicht zu empfehlen und indirekt die Wahl der CDU nahezu legen, wenn nicht gar für eine andere Partei weiter rechts Stimmung zu machen.

Der BdV hat sich in den vergangenen Jahren sehr wohl der Hilfe und Unterstützung der SPD bedient, wenn es um die Durchsetzung sozialpolitischer Ziele der Vertriebenen ging. Mit der CDU hätte er das meiste davon nie erreichen können. Darum muß man sich fragen, was es schließlich den Vertriebenen nützt, wenn sie auf Grund dieser Empfehlung Kandidaten z. B. der NPD wählen, die in den angesprochenen Punkten den Vertriebenen a l l e s versprechen, aber durch ihre sonstige Politik die Bundesrepublik derart in Mißkredit bringen, daß kein Hund mehr ein Stück Brot von ihr nimmt. Nein, das hier scheint uns ein schlechter politischer Stil zu sein. Im Interesse der Vertriebenen liegt das eben-
wenig wie in dem wohlverstandenen eines überparteilichen Verbandes!

Die Franzosen vor der deutschen Außenpolitik

Von François Bondy

In diesen Monaten innerpolitischer Stürme haben in Frankreich nur die wenigsten an die Bundesrepublik und ihre kommenden Wahlen gedacht. In der Präsidentschaftskampagne haben die Gaullisten ein wenig mit der "deutschen Gefahr" operiert. Poher wurde auf Plakaten als "Herr Poher" bezeichnet und als der Mann, für den zwar Bonn, aber nicht Paris stimmen wolle. In der Politik des Präsidenten Pompidou wird vermutlich von diesen Auswüchsen der Wahlpropaganda nichts zu merken sein.

Immerhin: Möglich war dieser, seit langen Jahren in Frankreich nicht mehr gehörte Ton, weil die großen spekulativen Kapitalexperte in die Bundesrepublik verärgert haben und in der Öffentlichkeit der Eindruck herrschte, daß unbedachte Äußerungen von Franz Josef Strauß an dieser Kapitalflucht ihren Teil von Schuld getragen haben.

Für die Franzosen kam die Erkenntnis, daß die deutsche Wirtschaft fester gegründet ist als die eigene, recht überraschend. Dadurch löst alles, was an Rückkehr zu einer deutschen nationalistischen Machtpolitik denken läßt, ganz besonderes Unbehagen aus.

War einst für die Franzosen der Name Konrad Adenauer das Symbol für deutsch-französische Versöhnung und Partnerschaft, so ist seit einigen Jahren Willy Brandt ohne Zweifel der in Frankreich populärste Name eines deutschen Politikers.

Dazu trägt Brandts Vergangenheit, seine Integrität bei, auch die Offenheit, mit der er französischen Journalisten über alle Aspekte der deutschen Außenpolitik Rede steht; vor allem aber liegt es am Inhalt dieser Außenpolitik selber, am Bestreben, gegenüber dem östlichen Teil Europas an Offenheit und Entgegenkommen so weit zu gehen, daß von einer Wende, der Abkehr vom erstarrten Festungsdanken gesprochen werden konnte. Alles, was aus innerpolitischen Gründen scheinbar unter dem Druck der NPD oder bestimmter Interessenverbände geschieht, um diese Außenpolitik abzubrechen oder zurückzuwerfen, wird in Frankreich mindestens auf Verständnislosigkeit stoßen, so wie jede Äußerung eines deutschen Nationalismus hier Furcht und Abneigung hervorruft.

Kein Sektor der französischen Meinung hat die Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Grenze je verstanden und die Vertröstung auf einen

Friedensvertrag. Hier ist zu bedenken, daß de Gaulles Politik gegenüber Nordafrika von der ganzen französischen Linken wie von fast der ganzen Öffentlichkeit gebilligt worden ist. Diese Politik bedeutete Annahme eines Gebietsverlustes, denn Algerien war Teil Frankreichs, Rückführung von über einer Million Heimatvertriebener, die seit Generationen in Nordafrika zu Hause waren, und gleichzeitig kulturelle und wirtschaftliche Verbindung mit eben jenen nordafrikanischen Staaten selber, die sich von Frankreich losrissen. Die Radikalität dieser politischen Umkehr war derart groß, daß sie Ansätze zu politischen Ressentiments und Hoffnungen auf spätere Umkehrung ausschloß. Wenn die Zahlen das französische Problem der Aufnahme Vertriebener nicht mit dem deutschen vergleichen läßt, so ist zu bedenken, daß die Franzosen nicht unter dem Zwang des verlorenen Krieges, einer Besetzung gehandelt haben, sondern aus eigenem Entschluß.

Die Zukunft der Beziehungen zu den Nachbarn am Mittelmeer schlägt völlig andere Wege ein als ein Nachtrauern hinter wohlervorbenen Rechten her. Viele Franzosen finden, daß ein solcher Schlußstrich unter die Vergangenheit die einzige Möglichkeit war, sich neuen Aufgaben und Visionen zuzuwenden, ohne irgendwelche Ansatzpunkte für ein gefährlich vergangenheitsgebundenes politisches Denken übrig zu lassen, und daß hier ihre deutschen Nachbarn in ihren Beziehungen zu Polen in seinen gegenwärtigen Grenzen etwas durchaus Vergleichbares tun könnten.

Es wird gemeint, daß eben dies in der Linie von Willy Brandts Außenpolitik liege, und auch als Fazit der Reise des Berliner Bürgermeisters Schütz nach Polen übrigblieb. So identifiziert sich heute für die Franzosen eine zukunftssträchtige deutsche Außenpolitik mit dem Einfluß, den die Sozialdemokratie auf diese Außenpolitik ausübt.

Daneben ist ein einziges Ereignis der deutschen Innenpolitik in Frankreich mit besonderem Interesse wahrgenommen worden, nämlich die Wahl Heinemanns zum Bundespräsidenten. Sie hilft jenen französischen Kommentatoren, die sich bemühen, Mißverständnisse und Vorurteile abzubauen, um der Öffentlichkeit zu zeigen, daß gewisse, neo-nationalistische Töne für die wirkliche politische Entwicklung der Bundesrepublik gar nicht so kennzeichnend sind, wie es manchmal gesagt wird.

+ + +